Stadt Plauen
Stadtrat

Plauen, 29. April 2019

Niederschrift
über die 49. Sitzung des Stadtrates

Sitzung am :	Dienstag, den 02.04.2019
Sitzungsort:	im Großen Ratssaal des Rathauses

Beginn: 15:30 Uhr **Ende:** 18:32 Uhr

Anwesenheit
Von 43 stimmberechtigten Mitgliedern des Stadtrates sind 32 ständig anwesend:

Vorsitzender: Oberbürgermeister Ralf Oberdorfer

Stimmberechtigtes Mitglied	Stimmberechtigtes Mitglied	Stimmberechtigtes Mitglied
Andre Bindl	Wolfgang Hinz	Tobias Rüdiger
Xenia Boerner	Klaus Jäger	Wolf-Rüdiger Ruppin
Dirk Brückner	Tobias Kämpf	Thomas Salzmann
Ingo Eckardt	Kerstin Knabe	Annekatrin Schicker
Christian Erdmann	Lars Legath	Jörg Schmidt
Thomas Fiedler	Monika Mühle	Uta Seidel
Hansgünter Fleischer	Steffen Müller	Christa Süß
Klaus Gerber	Juliane Pfeil-Zabel	Frank Thieme
Alexandra Glied	Petra Rank	Hansjoachim Weiß
Christian Hermann	Dieter Rappenhöner	Frank Michael Zabel
Daniel Herold		

Zeitweise Anwesende
Zeitweise anwesend sind 2 stimmberechtigte Mitglieder des Stadtrates:

Stimmberechtigtes Mitglied	während TOP
Dieter Blechschmidt	zeitweise anwesend ab TOP 2.
Sven Gerbeth	zeitweise anwesend bis TOP 5.1.

Abwesende
Abwesend sind 9 stimmberechtigte Mitglieder des Stadtrates:

Stimmberechtigtes Mitglied	Abwesenheitsgrund
Ralf Bräunel	entschuldigt (dienstlich)
Renè Fischer	entschuldigt (dienstlich)
Ronny Hagen	entschuldigt
Claudia Hänsel	entschuldigt
Prof. Dr. Lutz Kowalzick	entschuldigt (dienstlich)
Rico Kusche	unentschuldigt
Ilka Reißer	entschuldigt
Bernd Stubenrauch	entschuldigt (Urlaub)
Benjamin Zabel	entschuldigt (dienstlich)

Mitglieder der Verwaltung:

Name	Funktion	Anwesenheit
Herr Zenner	Bürgermeister Geschäftsbereich I	zu allen TOP
Herr Sárközy	Bürgermeister Geschäftsbereich II	zu allen TOP
Frau Göbel	Fachbedienstete für das Finanzwesen	zu allen TOP
Herr Brückner	Leiter Büro Oberbürgermeister	zu allen TOP
Herr Uebel	Leiter Rechnungsprüfungsamt	zu allen TOP
Herr Sorger	Wirtschaftsförderer der Stadt Plauen	zu allen TOP
Frau Myrczek	Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Plauen	zu allen TOP
Frau Seeling	Ausländer- und Behindertenbeauftragte der Stadt Plauen	zu allen TOP
Herr Mißbach	Leiter Fachgebiet Betriebswirtschaft/Liegenschaften	zu allen TOP
Frau Wolf	Leiterin Fachbereich Bau und Umwelt	öffentlicher Teil
Herr Grasse	Leiter Fachbereich Zentrale Dienste	öffentlicher Teil
Herr Schäfer	Leiter Fachbereich Jugend/Soziales/Schulen/Sport	öffentlicher Teil
Herr Gabriel	i. V. der Leiterin Fachbereich Sicherheit und Ordnung	öffentlicher Teil
Herr vom Hagen	Leiter Eigenbetrieb GAV	öffentlicher Teil
Frau Kramer	Controllerin	öffentlicher Teil
Herr Ullmann	Leiter Fachgebiet Tiefbau	öffentlicher Teil

Weitere Sitzungsteilnehmer/Gäste:

von den Fraktionsgeschäftsstellen:	
Frau Lorenz, CDU-Fraktion	zu allen TOP
Frau Pietschmann, Fraktion FDP/Initiative Plauen	zu allen TOP
Herr Laible, SPD/Grüne-Fraktion	zu allen TOP
Vertreter des Seniorenbeirates	öffentlicher Teil
Vertreter der Presse	öffentlicher Teil

Tagesordnung – öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
1.1. Tagesordnung
1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 48. Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen am 05.03.2018
1.3. Beantwortung von Anfragen
1.4. Informationen des Oberbürgermeisters
1.5. Bekanntgabe von Beschlüssen aus der nichtöffentlichen Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen am 05.03.2019

2. Beschlussfassung
2.1. Grundstücksverkehr (Verkauf Flurstücke 242/6 und 238/33, Chrieschwitz)
Drucksachennummer: 960/2019
2.2. Grundstücksverkehr (Verkauf Teil von Flurstück 1358/9, Plauen)
Drucksachennummer: 965/2019
2.3. Änderung des gemeinsamen Schulbezirkes der Grundschule Friedrich Rückert, der Grundschule Neundorf, der Grundschule Kuntzehöhe und der Grundschule Dittes
Drucksachennummer: 958/2019
2.4. Bereitstellung außerplanmäßiger Aufwendungen für Ausbau Gehwege Eugen-Fritsch-Straße einschließlich Beleuchtung im Bereich Stresemannstraße bis Annenstraße
Drucksachennummer: 959/2019
2.5. Ersatz des Eigenanteiles der Stadt Plauen durch den Eigentümer des Grundstückes Auenstraße 15 in Plauen

Drucksachennummer: 962/2019

2.6. Antrag der CDU-Fraktion - Kostenplanung zur Bauausführung Verbindungstreppe zwischen Friedensstraße und Dobenaustraße - ***Reg.-Nr. 363-19***
- Stellungnahme der Verwaltung

3. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

1. Eröffnung der Sitzung

Die 49. Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen wird durch Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit von Oberbürgermeister Oberdorfer eröffnet und geleitet.

Mit Einverständnis des Stadtrates werden zur Mitunterzeichnung der Niederschrift Stadträtin Alexandra Glied, Fraktion FDP/Initiative Plauen, und Stadtrat Klaus Jäger, Fraktion DIE LINKE., bestellt.

Zu Beginn der Sitzung wurden

- zu TOP 2.2. der Änderungsantrag der CDU-Fraktion, Reg. Nr. 374-19 sowie die Stellungnahme der Verwaltung dazu

- zu TOP 2.3. der Änderungsantrag der CDU-Fraktion, *Reg. Nr. 375-19* sowie die Stellungnahme der Verwaltung dazu

ausgereicht.

1.1. Tagesordnung

Stadtrat Klaus Jäger, Fraktion DIE LINKE., empfiehlt im Namen seiner Fraktion, die Verwaltungs-vorlage unter TOP 2.2. im nichtöffentlichen Teil der heutigen Stadtratssitzung zu beraten, da hier
zu vermuten ist, dass private Interessen Einzelner eine Rolle spielen könnten.

Oberbürgermeister Oberdorfer empfiehlt, diesen Sachverhalt direkt zum TOP 2.2. noch einmal vorzutragen.

Oberbürgermeister Oberdorfer selbst würde den Tagesordnungspunkt nicht in den nichtöffentlichen Teil verschieben. Er weist darauf hin, dass hierzu ein entsprechender Antrag der Fraktion zu stellen ist. Die Debatte und der Beschluss zum Antrag auf Verschiebung des Tagesordnungspunktes müsste nichtöffentlich geführt werden.

Oberbürgermeister Oberdorfer merkt an, dass Vorberatungen in Ausschüssen gemäß Sächsischer Gemeindeordnung in der Regel nichtöffentlich zu führen sind. Die Entscheidung im Stadtrat ist in der Regel öffentlich herbeizuführen.

Stadtrat Christian Hermann, SPD/Grüne-Fraktion, spricht den Antrag seiner Fraktion, ***Reg. Nr. 364-19***, „Pilotprojekt Digitale Schule“ vom 19.02.2019 an.
Er führt aus, dass im Ältestenrat am 25.02.2019 beschlossen worden sei, diesen Antrag am 02.04.2019 auf die Tagesordnung des Stadtrates zu nehmen.

Oberbürgermeister Oberdorfer antwortet, dass es im Ältestenrat keinen solchen Beschluss gegeben hat. Er weist darauf hin, dass der Ältestenrat keine Beschlüsse zur Tagesordnung fasst. Es wurde zugesagt, dass der Antrag zuerst im nächsten Bildungs- und Sozialausschuss vorberaten und danach die weitere Vorgehensweise entschieden werden soll.

Oberbürgermeister Oberdorfer führt weiter aus, dass der Antrag nicht schon im März 2019 in die Beratungsfolge aufgenommen wurde, weil derzeit erst einmal die Anhörung zum Thema bei der Landesregierung Sachsen stattfindet. Bisher ist bekannt, dass ca. 2,4 Mio. EUR zur Verfügung gestellt werden und dass natürlich dann auch die Schulen in der Stadt Plauen von diesen Mitteln profitieren können und entsprechende Ausstattung erfolgen kann.

Stadtrat Hermann weist darauf hin, dass in Zukunft Protokoll über die Sitzungen des Ältestenrates geführt werden sollte. Seitens der SPD/Grüne-Fraktion gäbe es keine Aussage, dass einer Verschiebung des Antrage zugstimmt worden sei.

Stadtrat Hermann führt aus, dass gemäß Sächsischer Gemeindeordnung der Antrag auf die Tages-ordnung der übernächsten Stadtratssitzung aufzunehmen sei.

Oberbürgermeister Oberdorfer verweist darauf, dass der SPD/Grüne-Fraktion im Beschwerdefall der Rechtsweg offen steht, wenn die o. g. Vorgehensweise der Verwaltung nicht anerkannt würde.

1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 48. Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen am 05.03.2018

Oberbürgermeister Oberdorfer stellt die inhaltliche Richtigkeit der Niederschrift über den öffentlichen Teil der 48. Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen am 05.03.2018 fest.

1.3. Beantwortung von Anfragen

Stadtrat Hansgünter Fleischer, CDU-Fraktion, bedankt sich im Namen der Anwohner von Haselbrunn für die schnelle Erledigung seiner Anfrage bezüglich der Entfernung von Stolperstellen.
Seiner Meinung nach wäre es schön, wenn auch die gesamte Einfassung des Fußweges am Sportplatz Nord mit in die Planung aufgenommen werden könnte.

Oberbürgermeister Oberdorfer bittet um Verständnis, dass immer abgewogen werden müsse, welche Fußwege prioritär ausgebaut werden können.

Stadtrat Lars Legath, Fraktion DIE LINKE., teilt mit, dass die Beantwortung seiner Anfrage aus der letzten Stadtratssitzung am 05.03.2019 seiner Meinung nach nicht vollständig beantwortet sei.

Die Frage, ob der Stadtverwaltung Plauen die kleine Anfrage im sächsischen Landtag (Nummer: 616113 - *Dort sei beschrieben, dass die o. g. Organisation bereits am Rande außerhalb eines genehmigten Kundgebungsgeländes Flyer verteilt hätte. Demzufolge wäre diese Organisation nach Meinung von Stadtrat Legath kein Ersttäter.*) **bekannt sei, wurde seiner Meinung nach nicht beantwortet.**

Stadtrat Legath fragt deshalb nach, ob diese o. g. kleine Anfrage nunmehr bekannt ist.

Gleichzeitig möchte er wissen, ob man die Einschätzung, dass die genannte Partei – die eine Verteilung nicht angemeldet hatte, ein Ersttäter gewesen sei und damit keine Strafe bekommen hat – **mit dem aktuellen Wissen nun anders treffen würde.**

Oberbürgermeister Oberdorfer sagt eine schriftliche Ergänzung der Beantwortung zu.

1.4. Informationen des Oberbürgermeisters

Oberbürgermeister Oberdorfer informiert, dass Neubesetzung der Stelle eines Juristen in der

Stadtverwaltung Plauen (Nachfolge für Herrn Tillmann) auf der Internetseite der Stadt Plauen - www.plauen.de und in der „Neuen Juristischen Wochenschrift“ 14/2019 (Erscheinungstermin 28.03.2019) öffentlich ausgeschrieben wurde.
Des Weiteren erfolgte ab 28.03.2019 für die Dauer von vier Wochen die Online-Veröffentlichung auf www.beck-stellenmarkt.de.
Außerdem erfolgte die Print-Veröffentlichung über die BECK-Stellenmarktbeilage in der DSTR und in bis zu 17 Fachtiteln. Bewerbungsschluss ist der 24. April 2019.

Oberbürgermeister Oberdorfer bittet Herrn vom Hagen um Mitteilung der wichtigsten Eckpunkte der Sanierung des Nord-West-Flüges des Rathauses.

Herr vom Hagen informiert wie folgt:

Die ersten hausinternen Umzüge sind derzeit im Gange bzw. bereits vollzogen.
Im März 2019 wurden Vorbereitungen zur Umsetzung des Bürgerbüros in die Zimmer 11 bis 13 getroffen. Ebenfalls erfolgte der Umzug des Fachgebietes Personal/Organisation aus dem 4. Ober-geschoss in den rückwärtigen Bereich des 3. Obergeschosses.
Nunmehr ziehen die Fraktionsgeschäftsführer/innen wieder zurück in die ursprünglichen Zimmer in der 1. Etage.

Am 10.04.2019/15.04.2019 wird die ÖPNV-Haltestelle am Rathaus stadteinwärts stillgelegt. Ab diesem Zeitpunkt beginnt die Sicherung des Rathausvorbereiches mit der Aufstellung von Bauzäunen.

Vom 17.04.2019 bis 18.06.2019 sind die Abbrüche im 3. und 4. Obergeschoss vorgesehen. Dafür sind entsprechenden Schutzmaßnahmen zu treffen – Trennwände zwischen Baustelle und innerem Bereich des Rathauses werden errichtet.
Der Personenaufzug wird nicht mehr bis in das 4. Obergeschoss fahren.
Die Abbrüche sind mit Asbestentsorgung verbunden, was unter speziellen Schutzmaßnahmen erfolgen wird.
Das Baugerüst/die Überbauung der Glasfassade wird ab 06.05.2019 aufgestellt und bleibt mindestens bis Januar 2020 stehen.
In Zeitraum von Oktober 2019 bis Januar 2020 soll der Neubau der Glasfassade erfolgen.
Die Rohbauarbeiten im inneren Baustellenbereich sollen Ende Juni 2019 beginnen und bis etwa Februar 2020 fortgeführt werden.

Über die weiteren Termine wird Herr vom Hagen in einem halben Jahr informieren,

Am heutigen Tage findet die letzte Stadtratssitzung im Großen Ratssaal statt. **Ab 30.04.2019 werden die Stadtratssitzungen bis auf weiteres in der Festhalle Plauen durchgeführt.**

Auf Nachfrage von Oberbürgermeister Oberdorfer teilt Herr vom Hagen mit, dass sich das Innere des Großen Ratssaales nicht wesentlich verändern wird. Dies ist Aufgabenstellung der Denkmalpflege. Ein entsprechender Ausbau der Technik wird allerdings erfolgen.

Oberbürgermeister Oberdorfer informiert, dass durch das Bundesinnenministerium nunmehr auch schriftlich bestätigt wurde, dass die Stadt Plauen als Modell-Kommune benannt ist. Bis zum Jahr 2026 können insgesamt bis zu 25 Mio. EUR Bundesmittel in Anspruch genommen werden, welche vom Land Sachsen und von der jeweiligen Kommune mitfinanziert werden müssen. Wie weit das Land Sachsen die Kommune beteiligen wird oder diese freistellt, ist noch nicht festgelegt. Es wird keinen Fördermittelbescheid über die Gesamtsumme geben.
Für jedes einzelne Projekt wird es eine extra Planung sowie eine zeitliche Einordnung geben müssen. Einhaltung von Vergabeverfahren usw. ist Voraussetzung. Für die Planungsmittel, welche voll förderfähig sind, muss die Stadt Plauen erst einmal in Vorleistung gehen.
Die Stadt Plauen wurde aufgefordert, ihre Bewerbung bis Ende April 2019 noch einmal zu

über-arbeiten.
Der Rahmen der Städtebauförderung ist bei Einsatz der o. g. Bundesmittel vollständig einzuhalten.

Oberbürgermeister Oberdorfer berichtet in diesem Zusammenhang, dass der Deutsche Städtetag eine sehr positive Einstellung dahingehend hat, dass die Städtebauförderung neu ausgerichtet werden soll.

1.5. Bekanntgabe von Beschlüssen aus der nichtöffentlichen Sitzung des Stadtrates am 05.03.2019

Der Stadtrat der Stadt Plauen hat beschlossen, die erfolgte Ausschreibung der Planstelle Justiziarin/ Justiziar vom Oktober 2018 aufzuheben. Die o. g. Stelle ist auch unter Nutzung von anderen Portalen als bisher erfolgt sowie mit exakter Formulierung, was eine Ausschreibung für eine Stelle als Justiziarin/Justiziar im öffentlichen Dienst in der Stadt Plauen erfordert, neu auszuschreiben.

Der Stadtrat der Stadt Plauen hat die Höhergruppierung von Herrn Christian Choroba als Leiter des Hortes „Dittesschule“ im Geschäftsbereich I, Fachbereich Jugend/Soziales/Schulen/ Sport, Kinder- und Jugendeinrichtungen gemäß Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst - Verwaltung, rückwirkend zum 01.01.2019 beschlossen.

Der Stadtrat der Stadt Plauen hat die Höhergruppierung von Frau Kerstin Neidhardt als Leiterin des Hortes „Friedrich Rückert“ im Geschäftsbereich I, Fachbereich Jugend/Soziales/ Schulen/Sport, Kinder- und Jugendeinrichtungen gemäß Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst - Verwaltung, rückwirkend zum 01.01.2019 beschlossen.

Der Stadtrat der Stadt Plauen hat die Höhergruppierung von Frau Ramona Kosak als Leiterin des Hortes „Reusa“ im Geschäftsbereich I, Fachbereich Jugend/Soziales/Schulen/Sport, Kinder- und Jugendeinrichtungen gemäß Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst - Verwaltung, rückwirkend zum 01.01.2019 beschlossen.

2. Beschlussfassung

2.1. Grundstücksverkehr (Verkauf Flurstücke 242/6 und 238/33, Chrieschwitz)
Drucksachennummer: 960/2019

Beschluss:
Der Stadtrat der Stadt Plauen genehmigt den Verkauf der Flurstücke Nr. 242/6 (Größe 2.124 m²) und 238/33 (Größe 199 m²), beide Gemarkung Chrieschwitz, am Oelweg, an Manuela und Jan Gerber, 08525 Plauen, zum Preis von insgesamt 179.000,00 EUR (77,05 EUR/m²) und die Belastung der Flurstücke vor Eigentumsübergang mit Grundpfandrechten bis zur Höhe der Gesamtinvestitionssumme (Belastungsvollmacht).

Abstimmungsergebnis: 34 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 49/19-1

2.2. Grundstücksverkehr (Verkauf Teil von Flurstück 1358/9, Plauen)
Drucksachennummer: 965/2019

Stadtrat Klaus Jäger, Fraktion DIE LINKE., beantragt im Namen seiner Fraktion die nichtöffentliche Behandlung der Verwaltungsvorlage, *Drucksachennummer: 965/2019*, da hier nach Auffassung der Fraktion DIE LINKE. berechtigte Interessen Einzelner vorliegen, die eine nichtöffentliche Verhandlung erfordern.

Oberbürgermeister Oberdorfer informiert, dass die Debatte und der Beschluss zu diesem Antrag (gemäß § 37 Abs. 1 SächsGemO) **nichtöffentlich durchzuführen sind**.

Deshalb stellt Oberbürgermeister Oberdorfer die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Nach der nichtöffentlichen Beschlussfassung zum o. g. Antrag stellt Oberbürgermeister Oberdorfer die Öffentlichkeit der Sitzung wieder her.

Oberbürgermeister Oberdorfer gibt öffentlich bekannt, dass sich die Mitglieder des Stadtrates in nichtöffentlicher Sitzung mehrheitlich darauf geeinigt haben, dass die Verwaltungsvorlage **„Grundstücksverkehr (Verkauf von Flurstück 1358/9, Plauen), *Drucksachennummer: 965/2018***, im nichtöffentlichen Teil der heutigen Stadtratssitzung (02.04.2019) behandelt wird.

2.3. Änderung des gemeinsamen Schulbezirkes der Grundschule Friedrich Rückert, der Grund-schule Neundorf, der Grundschule Kuntzehöhe und der Grundschule Dittes *Drucksachennummer: 958/2019*

Herr Schäfer, Leiter Fachbereich Jugend/Soziales/Schulen/Sport, erläutert den Inhalt der Vorlage.

Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender der CDU-Fraktion, liegt sehr viel daran, den Schulstandort Kuntzehöhe zu erhalten.
Er führt weiter aus, dass die CDU-Fraktion die Ansicht vertritt, dass sich Eltern bewusst gegen den Schulstandort Kunztehöhe entscheiden, weil der Migrationsanteil an dieser Schule zu hoch sei. Man sollte darüber nachdenken, wo die Ursachen liegen und welche Möglichkeiten der Integration von Kindern mit Migrationshintergrund es in der Stadt Plauen noch geben könnte.

Die Entscheidung zur Vorlage sollte nach Meinung von Stadtrat Schmidt bis zum Herbst 2019 verschoben werden. Es sei vielleicht auch in der aktuellen Debatte noch möglich, über Umlenkungs-gespräche an den Schulen Eltern dazu zu bewegen, noch 1 oder 2 Schüler mehr an der Grundschule Kuntzehöhe einschulen zu lassen und somit die geforderte Anzahl zu erreichen, um die Zweizügigkeit der Grundschule Kuntzehöhe herstellen zu können.

Stadtrat Schmidt verweist an dieser Stelle darauf, dem Änderungsantrag seiner Fraktion, ***Reg. Nr. 375-19***, zu dieser Vorlage zu folgen.

Herr Zenner, Bürgermeister Geschäftsbereich I, trägt die Stellungnahme der Verwaltung zum o. g. Antrag der CDU-Fraktion vor.

Stadträtin Juliane Pfeil-Zabel, SPD/Grüne-Fraktion, unterstützt die Verwaltungsvorlage. Der Antrag der CDU-Fraktion wird abgelehnt. Sie merkt an, dass durch den Vogtlandkreis noch nicht die vollen Mittel ausgeschöpft hat, welche vom Land Sachsen für die Schulsozialarbeit zur Verfügung gestellt werden. Sie bittet deshalb die Mitglieder der CDU-Fraktion darum, hierzu mit den Kreisräten ihrer Fraktion zu sprechen.

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE., teilt mit, dass ihre Fraktion ebenfalls der Verwaltungsvorlage zustimmen wird. Die Stadt habe sich immer bemüht, sinnvolle Lösungen zu finden, dass alle Schulstandorte gesichert werden können. Den Beschluss zu verschieben und damit den Schulstandort Kuntzehöhe zu gefährden, hält Stadträtin Rank für den falschen Weg.

Stadtrat Ingo Eckardt, CDU-Fraktion, berichtet davon, wie er selbst die Einschulung seiner Kinder an der Rückertschule vor ca. 15 Jahren abgelehnt hatte. Der Schulleiter hätte ihn damals gebeten, seine Kinder dort einschulen zu lassen, um eine soziale Ausgewogenheit an der Schule erhalten zu können. Dies hätte Stadtrat Eckardt mit dem Hinweis abgelehnt, dass seine Kinder kein „soziales Experiment" seien.

Nach Meinung von Stadtrat Ingo Eckardt, CDU-Fraktion, hätte das Problem in der Kuntzehöhe zwei Facetten: Das eine sei die Frage der Migration/DAZ-Klassen. Andererseits wäre die Schulleitung nicht in der Lage, auftretende Probleme, die sich daraus entwickeln, fachgerecht abzuarbeiten, mit den Eltern zu klären und mit den entsprechenden Schulträgern zu besprechen.

Stadtrat Eckardt glaubt, dass der Zwang der Eltern, ihre Kinder nun an die Grundschule Kuntzehöhe einschulen zu müssen, in einem bereits laufenden Anmeldeprozess nicht der richtige Weg sei. Langfristig müsste es seiner Meinung nach das Ziel sein, einen einzigen Schulsprengel für ganz Plauen einzurichten.

Oberbürgermeister Oberdorfer legt dar, dass im Grundschulbereich angeraten ist, zu der jeweiligen Lage der Schule einen engen Schulsprengel zu beschließen. Im Ausnahmefall könne ein Schulsprengel zusammengefasst werden, wie im Falle Kauschwitz (GS Neundorf, GS Rückert) bzw. im Falle Oberlosa, um den dortigen Grundschulstandort zu sichern.

Oberbürgermeister Oberdorfer verweist nochmals auf die Anmeldezahlen für die Grundschule Dittes (55) und die Grundschule Kuntzehöhe (27). Diese können nicht durch Umlenkungsgespräche allein geändert werden. Im Prinzip würde einer der beiden Schulen mit den derzeitigen Anmeldezahlen die Zweizügigkeit entzogen werden.

Stadtrat Dieter Blechschmidt, CDU-Fraktion, berichtet, dass im Jugendhilfeausschuss des Kreistages über das Thema Schulsozialarbeit gesprochen und eine Partei übergreifende einvernehmliche Lösung gefunden wurde. Der Vogtlandkreis will spätestens bis zum Herbst 2019 eine vogtlandweite Bedarfs-analyse durchführen und dann die noch zur Verfügung stehenden 6 Schulsozialarbeiter an die Grundschulen im Vogtlandkreis aufzuteilen.

Die CDU-Fraktion erkenne die Intension der Verwaltungsvorlage durchaus an, aber der Zeitpunkt wäre nach Meinung von Stadtrat Blechschmidt schlecht gewählt.

Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender der Fraktion FDP/Initiative Plauen, kann die Sorge der betroffenen Eltern verstehen und diese sollten ernst genommen werden. Er denkt, dass Schulsozialarbeit
wichtig ist, diese alleine würde aber das Problem nicht lösen.

Nach Meinung von Stadtrat Gerbeth würde man sich bei Verschiebung des Beschlusses nicht gegen die Verwaltungsvorlage aussprechen. Es gäbe aber einen gewissen Spielraum, das Problem noch einmal in Ruhe angehen zu können.

Stadträtin Uta Seidel, Fraktion DIE LINKE., führt aus, dass diese Vorlage im Bildungs- und Sozialausschuss einstimmig zur Weiterleitung an den Stadtrat beraten wurde. Das Thema Schulsozialarbeit könnte ihrer Meinung nach aber nicht mit der Festlegung von Schulsprengeln in Verbindung gebracht werden.
Stadträtin Seidel bittet außerdem zu beachten, dass das von Stadtrat Blechschmidt vorgetragene Thema im Jugendhilfeausschuss des Kreistages in nichtöffentlicher Sitzung beraten wurde.

Stadtrat Lars Legath, Fraktion DIE LINKE., legt bezüglich der Darstellung eines anderen Stadtratsmitgliedes dar, dass er selbst vor einigen Jahren an der Mittelschule Rückert gelernt habe. Er berichtet aus eigener Erfahrung, dass in dieser Zeit die Lehr- und Hortkräfte sehr gute Arbeit geleistet

haben.
Stadtrat Legath spricht sich gegen den Antrag der CDU-Fraktion aus.

Bürgermeister Zenner führt aus, dass der Beschluss zu dieser Vorlage das übernächste Schuljahr (2020/2021) betrifft, nicht das aktuelle Schuljahr (2019/2020). Es müsse klar gestellt werden, dass alle Grundschulstandorte in Plauen erhalten werden sollen.
Umlenkungsgespräche zur aktuellen Anmeldung werden in den betreffenden Schulen geführt.
Die Verwaltung hat in den letzten 2 Jahren mit der Schul- und Hortleitung der Grundschule Kuntzehöhe intensive Gespräche geführt und gemeinsam einen Konsens erreicht.
Die Schulatmosphäre sei deutlich besser geworden.

Weiterhin teilt Bürgermeister Zenner mit, dass die Änderung des Schulsprengels eine deutliche Forderung des Schulelternrates gemeinsam mit der Schulleitung ist.

Oberbürgermeister Oberdorfer merkt an, dass der Bildungs- und Sozialausschuss einstimmig der Vorlage zugestimmt hat.

Stadtrat Gerbeth war bisher der Auffassung, dass diese Vorlage zeitnah abgestimmt werden müsse, da es sich auf die Anmeldung zum Schuljahr 2019/2020 beziehen würde. Er fragt nach, wann die Anmeldungen zur Grundschule für das Schuljahr 2020/2021 stattfinden und bis wann eine Entscheidung bezüglich des Schulsprengels getroffen werden müsste.

Bürgermeister Zenner antwortet, dass es wichtig sei, den Eltern Planungssicherheit zu geben. Die Schulanmeldungen laufen in der Regel von Januar bis März. Das heißt, die Anmeldungen für 2019/2020 sind bereits abgeschlossen. Bis Mai werden Umlenkungsgespräche geführt.
Aus Sicht von Bürgermeister Zenner wäre es egal, ob heute oder erst im Oktober 2019 über diese Vorlage entschieden würde. Die Planungssicherheit der Eltern wäre aber nicht gegeben, je später diese Vorlage beschlossen würde.

Oberbürgermeister Oberdorfer ruft nunmehr zuerst den Antrag der CDU-Fraktion, ***Reg. Nr. 375-19***, und danach die Verwaltungsvorlage zur Abstimmung auf.

Beschluss zum Änderungsantrag:
Die Änderung des Schulsprengels in o.g. Vorlage ist zu verschieben.
Die Stadtverwaltung wird beauftragt, zeitnah eine mittel- bis langfristige kluge Lösung zur Integration von Kindern mit Migrationshintergrund zu ermöglichen. Lösungswege, z. B. für Fahrdienst und eine eventuelle Einstellung eines Schulsozialarbeiters ab 2020 sollen aufgezeigt werden.
Die Stadtverwaltung legt im Herbst 2019 Lösungsvorschläge zum Beschluss für das kommende Schuljahr 2020 vor.

Abstimmungsergebnis: Der Änderungsantrag wird mit 14 Ja-Stimmen und 20 Nein-Stimmen abgelehnt.
Beschluss-Nr.: 49/19-3

Beschluss zur Verwaltungsvorlage:
Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Aufhebung des gemeinsamen Schulbezirkes der Grundschule Friedrich Rückert, der Grundschule Neundorf, der Grundschule Kuntzehöhe und der Grundschule Dittes und die Bildung folgender Schulbezirke:

1. Grundschule Friedrich Rückert und Grundschule Neundorf
2. Grundschule Dittes
3. Grundschule Kuntzehöhe

Abstimmungsergebnis: 21 Ja-Stimmen; 12 Nein-Stimmen; 1 Stimmenthaltung
Beschluss-Nr.: 49/19-4

2.4. Bereitstellung außerplanmäßiger Aufwendungen für Ausbau Gehwege Eugen-Fritsch-Straße einschließlich Beleuchtung im Bereich Stresemannstraße bis Annenstraße
Drucksachennummer: 959/2019

Herr Ullmann, Leiter Fachgebiet Tiefbau, erläutert den Inhalt der Vorlage.

Beschluss:
Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Bereitstellung außerplanmäßiger Aufwendungen i. H. v 111.368 EUR für den grundhaften Ausbau Gehwege Eugen-Fritsch-Straße einschließlich Beleuchtung im Bereich Stresemannstraße bis Annenstraße (Maßnahme 18E-000030-Grundhafter Ausbau Geh-wege Eugen-Fritsch-Straße**).**

Abstimmungsergebnis: 34 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 49/19-5

2.5. Ersatz des Eigenanteiles der Stadt Plauen durch den Eigentümer des Grundstückes Auenstraße 15 in Plauen
Drucksachennummer: 962/2019

Oberbürgermeister Oberdorfer erläutert den Inhalt der Verwaltungsvorlage.

Beschluss:
Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Übernahme des kommunalen Eigenanteiles in Höhe von 70 % durch den Eigentümer für die Bezuschussung der Maßnahme „Instandsetzungsmaßnahmen an der Fassade und am Dach des Gebäudes Auenstraße 15 in Plauen“.

Abstimmungsergebnis: 34 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 49/19-6

2.6. Antrag der CDU-Fraktion - Kostenplanung zur Bauausführung Verbindungstreppe zwischen Friedensstraße und Dobenaustraße,
Reg.-Nr. 363-19
- Stellungnahme der Verwaltung

Stadtrat Thomas Salzmann, CDU-Fraktion, erläutert den Antrag seiner Fraktion.
Er führt u. a. aus, dass man sich nach längerer Diskussion im vorberatenden Stadtbau- und Umweltausschuss auf einen geänderten Beschlusstext geeinigt habe.
Dieser besagt, dass die Treppe abschnittsweise bis zum Jahr 20221 erfolgen soll.

Herr Sárközy, Bürgermeister Geschäftsbereich II, trägt die Stellungnahme der Verwaltung zu diesem Antrag vor. Er weist u. a. darauf hin, dass für die Unterhaltung von Brücken und Ingenieurbauwerken nur 100 TEUR jährlich zur Verfügung stehen. Für die Instandsetzung dieser Treppe müssten ca. 187 TEUR veranschlagt werden. Bei einer schrittweisen Sanierung der Treppe müssten aber für die nächsten Jahre zusätzliche Haushaltsmittel eingeplant werden.

Stadtrat Klaus Jäger, Fraktion DIE LINKE., vertritt die Meinung, dass die Mittel hier an falscher Stelle eingesetzt würden zumal die im Antrag der CDU-Fraktion benannte Treppe nicht alternativlos ist. Er verweist darauf, dass sich auf der anderen Seite an der Friedensbrücke ebenfalls ein bereits sanierter Treppenaufgang befindet.

Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender der Fraktion FDP/Initiative Plauen, möchte wissen, welche Überlegungen die Stadtverwaltung Plauen in diesem Areal noch hat. Er bittet um ein erklärendes Wort von Bürgermeister Sárközy zu dem Projekt, eine Wegeverbindung von der Gustav-Adolf-Str. hinunter zur Dobenaustraße schaffen zu wollen.

Stadtrat Gerbeth erwähnt, dass bereits in den vergangenen Jahren sehr viel für die Aufwertung der Innenstadt und der Innenstadtnahen Bereiche getan wurde. Bezüglich der knapp bemessenen Mittel konnte aber dadurch in den Stadtteilen nicht so viel getan werden. Dort gäbe es aber einen hohen Bedarf, gerade bei Fußwegen. Vor diesem Hintergrund tut Stadtrat Gerbeth sich schwer damit, ein solches Vorhaben zu befördern.

Stadtrat Dieter Rappenhöner, SPD/Grüne-Fraktion, spricht sich für den Antrag der CDU-Fraktion aus. Seiner Meinung nach müssten ja nicht immer nur die „Steckenpferde vom Oberbürgermeister“ sondern auch einmal das gemacht werden, was der Stadtrat möchte.

Stadtrat Hansgünter Fleischer, CDU-Fraktion, merkt an, dass es sich bei der im Jahr 1905 erbauten Friedensbrücke um die einzige Steinbogenbrücke in Europa mit 90 Metern Spannweite handelt. Hier sollte auf jeden Fall etwas getan werden, um einen Anziehungspunkt für Touristen zu schaffen, die vielleicht nicht die Treppe runter gehen, sich aber freuen würden, wenn es eine schöne Treppe wäre.

Oberbürgermeister Oberdorfer versteht alle Argumentationen. Aus seiner Sicht sei es aber problematisch, alles was einzelnen Fraktionen wichtig ist, vorrangig zu entscheiden, ohne die Abwägung der Fachleute einzubeziehen. Dies sollte nicht zum Prinzip werden.

Nach Meinung von Stadtrat Lars Legath, Fraktion DIE LINKE., sei die Treppe auf der anderen Seite historisch und touristisch viel wichtiger.

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE., hat Bedenken, ob die Sanierung dieser Treppe wirklich sinnvoll ist. Keine 100 Meter entfernt bestünde die Möglichkeit, die zweite Treppe bzw. die Straße zu nutzen.

Stadtrat Ingo Eckardt, CDU-Fraktion, warnt davor, mit solch einem „kleinbürgerlichen Herangehen die Zukunft in Plauen zu gestalten“. Es wäre notwendig, solche Baudenkmale zu erhalten.

Bürgermeister Sárközy teilt mit, dass kein Verbindungsweg von der Gustav-Adolf-Straße zur Dobenaustraße gebaut wird. Aus dem Aufwertungsprogram Stadtgrün wird lediglich der Hang stadtauswärts begehbar gestaltet.

Die hier diskutierte Treppe wird zur Zeit nicht sehr stark begangen. Trotzdem findet Bürgermeister Sárközy es nicht richtig, die Treppe zu schließen und für das Geld andere Fußwege zu sanieren. Fakt sei, dass es zu wenig Mittel für Brücken und Ingenieurbauwerke und zu wenig Mittel für Fußweginstandsetzungen gäbe. Es sollte deshalb nachgedacht werden, künftig mehr Mittel für diese Bereiche im Haushalt einzustellen.

Bürgermeister Sárközy empfiehlt, dem Vorschlag der schrittweisen Sanierung zu folgen.

Oberbürgermeister Oberdorfer versteht, dass man für viele Dinge mehr Geld haben möchte. Es sollte aber auch die zu erwartende Nutzung dieser Treppe in die Abwägung mit einbezogen werden. Außerdem sollten innerhalb jedes Budgets die Vorschläge der Fachleute anerkannt werden.

Beschluss:
Die Stadtverwaltung wird beauftragt, für die abschnittsweise Instandsetzung der Treppe und des Weges von der Friedensstraße (Höhe IHK) zur Dobenaustraße die planerischen Voraussetzungen zu schaffen und die Umsetzung bis zum Jahr 2021 abzuschließen.

Abstimmungsergebnis: 17 Ja-Stimmen; 15 Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 49/19-7

3. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

Stadtrat Lars Legath, Fraktion DIE LINKE., fragt nach, was die bisherige Ausschreibung und die aktuelle erweiterte Ausschreibung der Stelle Justiziar bisher gekostet hat bzw. abschließend gekostet haben wird.

Oberbürgermeister Oberdorfer teilt mit, dass eine Ausschreibung, die nur auf der Internetseite der Stadt Plauen veröffentlicht wird, lediglich Arbeitszeit kosten würde. Dies kann nicht beziffert werden. Wenn Festlegungen getroffen werden, dass Ausschreibungen über das Maß der o. g. Veröffentlichung durchgeführt werden sollen, ist dies natürlich mit Kosten verbunden.

Oberbürgermeister Oberdorfer hält die erweiterte Variante der Ausschreibung im aktuellen Fall für angemessen.

Eine schriftliche Beantwortung zu den Kosten wird nachgereicht.

Stadtrat Klaus Jäger, Fraktion DIE LINKE., fragt nach, ob es richtig ist, dass der Fördersatz für die Sanierung von Schulen durch den Freistaat/die Landesregierung aufgestockt wurde. Wenn ja, würde dann die Generalsanierung der Grundschule Am Wartberg bereits davon profitieren können und somit auch der städtische Haushalt?

Stadtrat Jäger fragt weiterhin nach, ob der aktuelle Bauablauf an der Montessori-Schule so von statten geht, dass die Grundsanierung der Schule Am Wartberg termingerecht Anfang nächsten Jahres beginnen kann.
Der Beginn der Generalsanierung der Grundschule Am Wartberg sei davon abhängig, dass die Kinder während der Bauzeit die Allende-Schule nutzen könnten, wo sich derzeit noch die Schüler der Montessori-Schule aufhalten. Nach dem Eindruck von Eltern, Anwohnern und Schülern würde derzeit kein Baugeschehen an der jetzigen Montessori-Oberschule stattfinden. Damit geht die Sorge der Eltern einher, dass sich der Baubeginn für die Grundschule Am Wartberg verzögern könnte.

Herr vom Hagen, Leiter Eienbetrieb GAV, teilt mit, dass die Stadt Plauen von dem erhöhten Fördersatz profitieren kann. Die konkreten Zahlen können gerne noch nachgereicht werden.
Ebenso wird die Antwort zur 2. Anfrage schriftlich nachgereicht.

Herr Zenner, Bürgermeister Geschäftsbereich II, ergänzt, dass bei Vertragsabschluss mit der Montessori-Schule Wert darauf gelegt wurde, dass die Allende-Schule zu einem bestimmten Zeitpunkt wieder frei gezogen sein muss – egal, wie weit bis dahin die Baumaßnahmen an der Montessori-Schule vorangeschritten seien – um den Baubeginn für die Grundschule Am Wartberg nicht zu gefährden.

Bürgermeister Zenner wird den im o. g. Vertrag benannten Termin nachreichen.

Stadtrat Dieter Rappenhöner, SPD/Grüne-Fraktion, fragt nach, ob es richtig ist, dass eine niederschwellige Sanierung nur für das Erdgeschoss der verbliebenen Halle der Hempelschen Fabrik vorgesehen ist. Dies wäre für seine Begriffe zu wenig.

Oberbürgermeister Oberdorfer antwortet, dass eingeschätzt wird, dass die gewährten Fördermittel und Eigenanteile nicht ausreichen sind, um das gesamte Gebäude in einem Schritt zu sanieren. Deshalb hält er die schrittweise Sanierung des Gebäudes für sinnvoll.

Stadtrat Ingo Eckardt, CDU-Fraktion, fragt nach, worum es sich bei den Baumaßnahmen auf dem ehemaligen Sportplatz bei der Allende-Schule handelt.

Frau Wolf, Leiterin Fachbereich Bau und Umwelt, teilt mit, dass dies eine Baustelle der WbG Plauen mbH ist. Es handelt sich um Bauarbeiten für Parkplätze im Zuge der Sanierung der dortigen Wohn-gebäude.

Stadtrat Eckardt kritisiert die hohen Sicherheitsauflagen zum Fußballoberligaspiel am letzten Samstag (30.03.2019) zwischen dem VFC Plauen und Chemie Leipzig. Im Vorfeld gab es 2 Sicherheits-beratungen, an denen auch das städtische Ordnungsamt teilgenommen hat.
Die Auflage, Shuttlebusse zwischen Bahnhof und Stadion einzusetzen, versteht Stadtrat Eckardt grundsätzlich nicht.
Nach Meinung von Stadtrat Eckardt hätte Herr Gabriel, Leiter Fachgebiet Ordnung und Sicherheit, in einer der beiden o. g. Sicherheitsberatungen eine Aussage getroffen, die „kein gutes Bild auf die Verwaltung werfen würde“.

Herr Gabriel, Leiter Fachgebiet Ordnung und Sicherheit, antwortet, dass den Einschätzungen bei den Kooperationsgesprächen ausführliche Ermittlungen des Polizeivollzugsdienstes zugrunde liegen.
In der laufenden Saison des VFC Plauen gäbe es 2 Heimspiele, die als Risikospiele gewertet werden: einmal gegen Wismut Gera und einmal gegen Chemie Leipzig. Bereits beim Spiel VFC Plauen gegen Wismut Gera gab es deshalb die Auflage, Shuttlebusse einzusetzen. Dies hätte sich bewährt.
Beim Heimspiel gegen Chemie Leipzig gab es eine weitaus höhere Anzahl gewaltbereiter Fans, so dass die Auflagen an den VFC Plauen ebenso gestellt wurden.

Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender der Fraktion FDP/Initiative Plauen, fragt nach dem aktuellen Sachstand bzw. die Perspektiven einer möglichen Wiedereröffnung für die Begehbarkeit der so genannten „Panzerbrücke“ im Bereich Hohlbeinstraße/Weiße Elster.

Oberbürgermeister Oberdorfer teilt mit, dass gegenwärtig eine Untersuchung dazu durch-geführt wird. Sobald die Ergebnisse vorliegen, wird darüber informiert.

Plauen, den	Plauen, den	Plauen, den	Plauen, den
Ralf Oberdorfer Oberbürgermeister	Alexandra Glied Stadträtin	Klaus Jäger Stadtrat	Peggy Glaß Schriftführerin